

Land unter

Mehr Ernährungsunsicherheit und Abhängigkeiten durch WTO

von Jocelyn F. Cajuat und Aurora Aurea A. Regalado

Der Bevölkerung in den Entwicklungsländern wird von ihren Regierungen und den Transnationalen Konzernen geraten, sich über Ernährungssicherheit keine Sorgen zu machen. Entwicklungsländern wird empfohlen, ihre Nahrungsmittel nicht selber anzubauen, weil es billiger sei, sie aus den USA, Europa oder Kanada zu importieren.

Stattdessen sollen sie Exportprodukte wie Spargel, Schnittblumen und Garnelen produzieren, da diese höhere Preise auf den internationalen Märkten erzielen. Die Entwicklungsländer haben das befolgt. Jetzt zahlen sie für diesen Wahnsinn den Preis.

Die Präambel des *Agreements on Agriculture* (dem WTO-Landwirtschaftsabkommen – im Folgenden AoA) hält fest, dass »(die) langfristige Zielsetzung (des Abkommens) darin besteht, eine nennenswerte Minderung landwirtschaftlicher Subventionierung und Protektion über einen vereinbarten Zeitraum zu gewährleisten«.

Mehrere Studien belegen jedoch, dass landwirtschaftliche Subventionierung und Protektion bislang nicht nennenswert herabgesenkt wurden. In den Industrieländern – insbesondere in den USA und in der EU – bestehen nach wie vor in hohem Maße handelsverzerrende Preisstützungen sowie Exportsubventionen.¹

Viele Entwicklungsländer waren wegen der Fortdauer hoher Zölle und Abgaben nicht in der Lage, ihren Marktanteil in den Industrieländern zu vergrößern. Eine Studie von UNCTAD und WTO über Zölle und Abgaben auf Exporte aus Entwicklungsländern seit der Gründung der WTO 1995 zeigt, dass Zölle und Abgaben auf Produkte aus Entwicklungsländern hoch blieben.

Agrarsubventionen treten verschleiert in neuen Formen auf. Beispielsweise umgehen einige Länder die Reduktion klassischer Exportsubventionen, indem sie Subventionen als Agrarexportkredite erscheinen lassen. Die OECD berichtet, dass Agrarexportkredite von 1995 bis 1998 in den reichsten Ländern der Welt um 44 Prozent gestiegen sind.²

Ernährungsunsicherheit

Die Fähigkeit eines Landes, eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung für seine Bevölkerung zu gewährleisten, hängt von seiner heimischen Produktion, von Importen oder einer Kombination von beidem ab.

Die heimische Nahrungsmittelproduktion ist in den Philippinen seit 1993 kontinuierlich zurückgegangen und seit 1995 durch eine Krise in der Reisproduktion noch schlechter geworden. Die heimische Produktion kann die Nachfrage nicht mehr decken, und Versorgungslücken müssen durch Importe aufgefüllt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land unter einer riesigen Schuldenlast leidet und seine Importmöglichkeiten von den Exporterlösen abhängen.

Reis, das Hauptnahrungsmittel, ist in den vergangenen Jahren bedrohlich knapp geworden. Da Reis eine Ware mit politischer Bedeutung ist, haben philippinische Regierungen einer gesicherten Versorgung und stabilen Preisen viel Aufmerksamkeit gewidmet. Um dies zu gewährleisten, wurden in den 70er- und 80er-Jahren u.a. die *National Grains Authority* (die nationale Getreidebehörde; NGA) und die *National Food Authority* (die nationale Nahrungsmittelbehörde;

NFA) geschaffen. Auf dem Getreidemarkt haben sie heute jedoch stark an Bedeutung verloren. Eine Studie verweist darauf, dass immer mehr Erzeuger/innen ihre Produkte direkt an den Handel und nicht an die staatliche NFA verkaufen (lediglich 1,7 Prozent der Befragten beliefern die NFA). Die Händler bestimmen darum den Reispreis.

Seit dem Scheitern der Grünen Revolution in den 1970er Jahren importieren die Philippinen Reis aus Thailand, Vietnam, den USA und anderen Ländern. Große Teile des Landes, auf dem zuvor Reis und Mais angebaut wurde (mehr als 3 Mio. Hektar) werden heute für den Anbau von Exportprodukten oder zu anderen Zwecken, z.B. für den Wohnungsbau, genutzt (*land conversion* – siehe auch: *Land in Sicht?*, südostasien 3/1999, S. 64 ff.).

1991 empfahl ein Bericht der Weltbank den Filipinos/as, Brot statt Reis zu essen, um ihr Versorgungsproblem zu lösen. Andere aus Weizen hergestellte Nahrungsmittel wie z.B. Nudeln haben unter der Stadtbevölkerung Reis als Hauptnahrungsmittel weitgehend abgelöst.

Weizen rangiert hinter Milchprodukten wertmäßig an zweiter

Jocelyn F. Cajuat ist Geschäftsführerin der NGO Women's Institute for Sustainable Economic Action (WISE ACT). WISE ACT beschäftigt sich mit Genderfragen im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung.

Aurora Aurea A. Regalado ist Koordinatorin von Management and Organizational Development for Empowerment, einer NGO, die sich für ländliche Entwicklung in den Philippinen einsetzt. Zentrale Themen der Organisation sind Landreform, Entwicklungshilfe, agrarischer Handel und Ernährungssicherheit.

Stelle der Nahrungsmittelimporte. Weizenimporte wuchsen von lediglich 357.492 Tonnen 1961 auf 2.057.177 Tonnen 1999.

70 bis 85 Prozent des importierten Weizens kommen aus den USA. Das US-Exportförderprogramm war seit 1986 ein wesentliches Instrument dafür, dass die USA heute den philippinischen Weizenmarkt kontrollieren.

Die US-Regierung nutzte auch Nahrungsmittel-Hilfsprogramme, um Weizen und andere Nahrungsmittelüberschüsse mit Hilfe von subventionierten Preisen, niedrigen Kreditzinssätzen und langfristigen Tilgungskonditionen (für die US-Produzenten, d. Übers.) in den Philippinen abzuladen.

Die Philippinen führen auch große Mengen landwirtschaftlicher Produkte wie Soja und Mung-Bohnen ein, die traditionell im Land selber angebaut wurden.

Großunternehmen kontrollieren die weltweite Produktion und den Handel landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel. Zudem stellen sie genetisch veränderte Lebensmittel her.

Agrar-Multis beeinflussen die Ernährungsgewohnheiten und den Geschmack der Verbraucher/innen. Große Nahrungsmittelkonzerne wie McDonald's, Nestlé und Coca Cola formen mit Hilfe ihrer ständigen Werbung die Geschmackswünsche und Ernährungsgewohnheiten. Die Werbung hat die Menschen – insbesondere Kinder – in den Philippinen und anderen asiatischen Ländern dazu bewegt, eine sehr fett- und zuckerhaltige, ballaststoffarme Ernährung für erstrebenswert zu halten.³

Sieben magere Jahre

Obwohl die Regierung versprach, für die schwachen und verdrängten Sektoren auf dem Land Sicherungsnetze zu schaffen, um die Auswirkungen der Globalisierung abzufedern, wurden Armut und Ernäh-

rungsunsicherheit nicht grundlegend bekämpft. Seit dem Beitritt zur WTO 1995 ist der Trend der gleiche geblieben:

Billigere Nahrungsmittelimporte haben zum Verlust von Einkommen und Arbeitsplätzen geführt. Durch Wegfall von Importhindernissen, durch niedrige Zölle und die Gewährung von Marktzugängen gemäß der WTO-Prinzipien haben billige Nahrungsmittelimporte zugenommen.



Foto: D. Richards

Hier bewegt sich nichts.

So leidet z.B. der Absatz von einheimischem Obst – während der Saison im Überfluss vorhanden – unter den Importen.

In großen Mengen importieren die Philippinen Hühnerfleisch aus den USA. Allein im 1. Quartal 2000 stiegen diese Importe um 400 Prozent. Viele philippinische Geflügelhersteller/innen – insbesondere Kleinbetriebe – mussten ihr Geschäft aufgeben. Dies hat negative Auswirkungen auf 30.000 Beschäftigte in der Geflügelindustrie und 500.000 Beschäftigte in angeschlossenen Branchen (Futtermittelhersteller, Transportunternehmen).

Einheimischer Knoblauch (Herstellungskosten: 110 Pesos pro Kilo) kann nicht mit Knoblauch aus Taiwan (Kilopreis: 40 Pesos) konkurrieren.

Importgemüse (Möhren, Broccoli, Salat, Kohl, Sellerie, Kartoffeln, Pilze) aus Australien, Neusee-

land und den Niederlanden konkurrieren jetzt mit Gemüse aus der Provinz Benguet. Landwirte aus Benguet geben an, dass sich die Verluste durch die Verdrängung vom einheimischen Markt auf 21 Mrd. Pesos (ca. 400 Mio. US-Dollar) belaufen.

Übersetzung aus dem Englischen von Jörg Schwieger. Die vorliegende Übersetzung ist stark gekürzt. Das englische Original ist im philippinenbüro erhältlich.

Anmerkungen:

- 1) Jüngste OECD-Daten belegen, dass die Agrarsubventionen insgesamt von 302 Mrd. US-Dollar (Jahresdurchschnitt 1986-1988) auf 330 Mrd. US-Dollar (Jahresdurchschnitt 1999-2000) gestiegen sind. In den USA stiegen die Agrarsubventionen im genannten Zeitraum von 69 Mrd. US-Dollar auf 95 Mrd. US-Dollar, in der EU von 110 Mrd. auf 113 Mrd. US-Dollar.
- 2) Die USA sind der führende Nutzer von Exportkrediten (12,8 Mrd. US-Dollar), gefolgt von Australien (6,8 Mrd. US-Dollar), der EU (4,3 Mrd. US-Dollar) und Kanada (3,6 Mrd. US-Dollar) (nach Ian Elliott, »OECD export credit talks stalled,« Feedstuffs, 29. Januar 2001.)
- 3) Aurora Regalado, *The Impact of TV Advertisements on the Buying Decisions of Adult and Children Consumers*, (Manila: MODE and Consumers International-ROAP, 2002).